



MITTEL-/OSTEUROPA
UND RUSSLAND IN DEN
WAHLPROGRAMMEN ZUR
BUNDESTAGSWAHL 2021

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Verhältnis zu Russland	3
Sanktionen	5
Ukraine-Konflikt	6
Belarus	7
Polen	8
Südkaucasus	9
Nordstream-2-Projekt	10

Vorwort

Anlässlich der Bundestagswahl am 26. September 2021 haben wir – der DRA – stichwortartig in zwei Übersichten die Positionen und Vorhaben der im jetzigen deutschen Bundestag vertretenen sieben deutschen Parteien herausgearbeitet.

Die hier vorliegende Recherche konzentriert sich in erster Linie auf Mittel- und Osteuropa-bezogene Themen und Fragestellungen, wie das Verhältnis zu Russland und Polen, den Konflikt in der Ostukraine, den Streit um die Ostseepipeline Nordstream 2 und die Sanktionen gegen Belarus (siehe Anhang 1). Dabei treten besonders auffällige Unterschiede zwischen den Aussagen der Parteien hinsichtlich ihrer Osteuropa-Politik hervor. Beispielsweise äußert sich außer der SPD keine Partei zum kürzlichen Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien im Südkaukasus. Des Weiteren finden sich keine Aussagen bei der Linken und der AfD zum Konflikt in der Ostukraine und der Repressionen des belarussischen Staates gegen die Demokratiebewegung, im Gegensatz zu den restlichen Parteien. Beide Parteien lehnen zugleich die von der EU-verhängten Sanktionen gegen Russland ab. Bemerkenswert ist außerdem, dass im Wahlprogramm der CDU nichts zu der umstrittenen Ostseepipeline Nordstream 2 steht.

In einem weiteren Schritt untersucht die Recherche aber auch allgemeine Themen, die im laufenden Wahlkampf eine wichtige Rolle spielen, wie z.B. Klimaschutz/Energiewende, soziale Gerechtigkeit und Europapolitik (siehe Anhang 2). Dabei stehen aber Politikfelder im Vordergrund, die in Zukunft auch für die bi- oder multilateralen Beziehungen Deutschlands bzw. der EU zu Mittel-/Osteuropa und Russland eine Rolle spielen dürften. Ein Beispiel hierfür ist das Themenfeld Zuwanderung und Migration, nicht zuletzt die Position der Parteien zu Arbeitsgenehmigungen für ausländische Fachkräfte und die Erteilung von humanitären Visa für politisch Verfolgte.

Die Publikation erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie bezieht sich hauptsächlich auf die der Öffentlichkeit zugänglichen Quellen: die Wahlprogramme der Parteien. Die darin enthaltenen Informationen wurden nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert und analysiert.

Die Autorin möchte an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass gemäß jüngsten Umfragewerten die neue Bundesregierung höchstwahrscheinlich aus einer Koalition mehrerer Parteien gebildet werden wird. Dadurch wird zwangsläufig so manche Position in den Wahlprogrammen der künftigen Regierungsparteien zugunsten politischer Kompromisse wenig bis keine Berücksichtigung im Koalitionsvertrag finden. Auch zeigt die Erfahrung, dass manche der im Wahlkampf vertretenen Positionen nach den Bundestagswahlen dem politischen Tagesgeschäft untergeordnet werden.

Wir halten es dennoch für notwendig, dass die Politik gegenüber den Ländern und Gesellschaften Mittel- und Osteuropas eine der Prioritäten der künftigen Außenpolitik ist – und dabei die Kompetenzen aller gesellschaftlichen Sphären, darunter auch der Zivilgesellschaft, aktiv in deren Gestaltung einbezogen werden.

Die Reihenfolge der dargestellten Parteien ist zu jedem Thema wie folgt festgelegt: gemeinsames Wahlprogramm der CDU/CSU – SPD – Bündnis '90/Die Grünen – FDP – Die Linke – AfD.

Sheila Knubben

Im September 2021

Verhältnis zu Russland

CDU/CSU

- Es braucht zum einen mehr politische Geschlossenheit in der EU und NATO und zum anderen die Fähigkeit zur glaubhaften Abschreckung und Resilienz gegenüber Russland

SPD

- den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen
- in Fragen gemeinsamer Sicherheit, Abrüstung, Rüstungskontrolle, Klima, Energie etc. gemeinsame Fortschritte erreichen -> Dialog & Zusammenarbeit trotz dessen, dass RU regelmäßig internationales Recht bricht (Cyberangriffe, Annexion Krim) -> weltweiter Klimaschutz ohne Russland ist nicht wirkungsvoll und wirtschaftliche Zusammenarbeit ist im allseitigen Interesse
- Pflege zivilgesellschaftlicher Kontakte
- Visaerleichterungen
- Frieden in Europa kann es nur zusammen mit Russland geben
- es bedarf mit Hinblick auf die Werte der OSZE einer neuen europäischen Ostpolitik, die den Fokus auf eine gemeinsame und kohärente EU-Politik gegenüber Russland legt
- Voraussetzung ist eine konstruktive Dialogbereitschaft seitens Russlands, um am Abbau der Spannungen zu arbeiten

Bündnis '90/Die Grünen

- Russlands Außenpolitik gefährdet durch militärische und hybride Mittel Demokratie, Stabilität und Frieden -> die Zivilgesellschaft, die der Repression durch den Kreml die Stirn bietet und für Menschenrechte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sexuelle Selbstbestimmung kämpft, unterstützen und den kulturellen, politischen und wissenschaftlichen Austausch intensivieren
- Forderung nach Umsetzung Minsker Abkommens
- setzt auf konstruktiven Klima-Dialog, dabei Schutz der Menschenrechte

FDP

- kein verharmlosender Dialog
- Gesprächskanäle zu Bürgerrechtsorganisationen offenhalten
- Visaerleichterungen nur bei Achtung der Bürgerrechte und des Völkerrechts
- Schwerpunkt der Zusammenarbeit sollte in den Bereichen erneuerbarer Energien, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe liegen
- Unterstützung Russlands für Diktatoren wie Alexander Lukaschenko oder Baschar al-Assad gefährdet die internationale Sicherheit ebenso wie vom Kreml gesteuerte Desinformationskampagnen und Hackerangriffe in Europa
- Kritik an Menschenrechtsverletzungen und völkerrechtswidrigen Handlungen
- Russland bleibt Deutschland und Europa menschlich, kulturell und wirtschaftlich eng verbunden
- Ziel: Wiederaufbau von Vertrauen
- russische Regierung muss aber zu Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der Bürgerrechte und des Völkerrechts zurückkehren

Die Linke

- Ablehnung der Feindbilder in den Strategiepapieren der NATO und EU
- Politik der Entspannung gegenüber Russland
- Aufnahme Verhandlungen über einen deutsch-russischen Vertrag -> Versöhnung und Freundschaft zum Ziel

AfD

- plädiert für ausgewogene Zusammenarbeit mit den USA und Russland -> wirtschaftliche Kooperation mit RU stärken
- ohne Russland ist dauerhafter Frieden in Europa nicht möglich
- Politik der Entspannung ist Voraussetzung für dauerhaften Frieden in Europa
- es ist im deutschen und europäischen Interesse, RU in eine sicherheitspolitische Gesamtstruktur einzubinden
- Wiederaufnahme regelmäßiger Gespräche im Rahmen des NATO-Russland-Rats
- Erweiterung und Vertiefung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen
- Kooperation im Bereich der Rüstungskontrolle
- Verzicht auf Ausbau militärischer Infrastruktur in unmittelbarer Nähe der jeweiligen Interessensbereiche

Sanktionen

CDU/CSU

(siehe "Ukraine-Konflikt")

SPD

- Befürwortung der im Zuge des Ukraine-Konflikts verhängten Sanktionen gegen Moskau -> Bestehen der Sanktionen bis RU sich bereit erklärt, zum legitimen Status der Krim zurückzukehren

Bündnis '90/Die Grünen

- unterstützen die EU-Russlandpolitik mit ihren Sanktionen, die sie gegebenenfalls verschärfen wollen, als Reaktion auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim und das militärische Vorgehen

FDP

- spricht sich für EU-verhängte Sanktionen gegen RU aus
- Verschärfung dieser bei weiterer militärischer Eskalation
- Lockerung nur bei Umsetzung Minsker Abkommens
- Visuserleichterungen nur bei Einhaltung der Bürgerrechte & des Völkerrechts

Die Linke

- Unilaterale Sanktionen gegen Iran, Kuba, Syrien oder Russland, sind völkerrechtswidrig und fördern nur weitere Eskalation
- Beendigung der Wirtschaftssanktionen (fallen nämlich zulasten der Zivilbevölkerung)

AfD

- lehnt die von der EU verhängten Sanktionen gegen Russland ab

Ukraine-Konflikt

CDU/CSU

- setzt sich für ein Ende des Konflikts in der Ostukraine und für eine Rückkehr zum legitimen völkerrechtlichen Status der Krim ein
- solange die russische Regierung dazu nicht bereit ist, müssen die Sanktionen bestehen bleiben
- friedliche Lösung & einhergehende Beendigung verhängter Sanktionen gegen RU hängt maßgeblich von Umsetzung der Minsker Vereinbarung ab
- östliche Partner der EU modernisieren/gegen RU stärken
- völkerrechtswidrige Annexion der Krim setzt europ. Friedensordnung außer Kraft

SPD

- RU muss zu einer friedlichen Lösung des Ukraine-Konflikts bereit sein - damit einhergehend hängt die Beendigung der Sanktionen maßgeblich von der Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ab

Bündnis '90/Die Grünen

- Siehe „Verhältnis zu Russland“ und „Sanktionen“
- Möglichkeit eines EU-Beitritts offenhalten

FDP

- völkerrechtswidrige Annexion der Krim -> Forderung nach unverzüglichem Ende der Gewalt

Die Linke

kein Kommentar

AfD

kein Kommentar

Belarus

CDU/CSU

- belarussisches Regime muss den Weg hin zu friedlichem Übergang ermöglichen, sonst ist mit Sanktionen zu rechnen
- Regime muss den Weg zu einem friedlichen Übergang gewähren andernfalls ist mit Sanktionen zu rechnen

SPD

- volle Unterstützung der Menschen, die sich für Freiheit und Demokratie einsetzen
- Gewalt und Repression der Sicherheitskräfte müssen beendet, alle politischen Gefangenen freigelassen und demokratische Neuwahlen unter der Aufsicht der OSZE durchgeführt werden

Bündnis '90/Die Grünen

- Förderung von demokratischen und sozial-ökologischen Transformationsprozessen in der Region, im Rahmen der Östlichen Partnerschaft der EU und bilateral, etwa durch die stärkere Knüpfung von Geldern an die nachhaltige Umsetzung von Reformen
- Unterstützung der demokratischen Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien vor Ort
- mehr Austausch zwischen Ost und West ermöglichen und Justizreformen vorantreiben

FDP

- Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen & Neuwahlen (durch Dialog der OSZE)
- Lukashenkos "Verfassungsreferendum" erfüllt Ansprüche ausländischer Forderungen nicht
- Unterstützung der demokratischen Opposition durch deutsche Informationsangebote & finanzielle Unterstützung
- demokratische Opposition durch verstärkte Informationsangebote der Deutschen Welle und durch finanzielle Unterstützung zugunsten der Zivilgesellschaft sowie durch Visumserleichterungen unterstützen und stärken

Die Linke

kein Kommentar

AfD

kein Kommentar

Polen

CDU/CSU

- internationale Vernetzung besonders nach Mittel- und Osteuropa vorantreiben und die Verbindungen zu Nachbarländern weiter festigen
- Verkehrsinfrastruktur nach Polen und Tschechien mit einem Sonderprogramm intensiv ausbauen und dadurch gemeinsame Grenzregionen weiter stärken
- Weimarer Dreieck (FR-DE-PL) stärken; Jugendaustauschprogramm zwischen diesen drei europäischen Staaten auf den Weg bringen und Anreize für neue Städtepartnerschaften schaffen

SPD

kein Kommentar

Bündnis '90/Die Grünen

kein Kommentar

FDP

- Angeblich „LGBT-freie Zonen“ in Polen und der europaweite Anstieg von Übergriffen gegen LSBTI sind mit europäischen Werten nicht vereinbar

Die Linke

kein Kommentar

AfD

kein Kommentar

Südkaucasus

CDU/CSU

Kein Kommentar

SPD

- unbemannte bewaffnete Drohnen sollen international erfasst und in ein internationales Regelwerk einbezogen werden, um einer zeitlichen und räumlichen Entgrenzung militärischer Gewalt entgegenzuwirken -> der massive Einsatz von bewaffneten Drohnen als Angriffswaffen im Krieg zwischen Aserbaidschan und Armenien hat es vor Augen geführt

Bündnis '90/Die Grünen

kein Kommentar

FDP

kein Kommentar

Die Linke

kein Kommentar

AfD

kein Kommentar

Nordstream-2-Projekt

CDU/CSU

kein Kommentar

SPD

kein Kommentar

Bündnis '90/Die Grünen

- das Pipeline-Projekt richtet sich gezielt gegen die energie- und geostrategischen Interessen der EU, gefährdet die Stabilität der Ukraine und soll daher gestoppt werden

FDP

- Inbetriebnahme soll in der EU gemeinsam entschieden werden - im Einklang geltenden Sanktionen gegenüber Russland erfolgen & unter Berücksichtigung UAs als Transitland für Energie
- Moratorium für Weiterbau, bis unabhängige und umfassende Ermittlungen im Fall Nawalny gewährleistet werden

Die Linke

kein Kommentar

AfD

- Fertigstellung und Inbetriebnahme der Pipeline -> stellt kostengünstigen Primärenergieträger zur Verfügung